

Bericht über die Entwicklung in Polen

Januar  
1959

Seite:

A. INNERE ENTWICKLUNG	1
I. <u>Politische Ereignisse</u>	1
1) Im Zeichen der Parteitage	1
2) Probleme der Rechtsstaatlichkeit	1
3) Freiheitskämpfer	2

J A N U A R - D E Z E M B E R 1959

o) Polnische Gewerkschaften in Zahlen	16
B. <u>Polen und Ausland</u>	17
1) Warschau zur sowjetischen Note über Berlin und den Friedensvertrag	17
2) Parteitag in Moskau	17
3) "Trybuna Ludu" zum XXI. Parteitag	18
4) Aus der Begrüßungsansprache GOMULKAS	19
5) Technische Zusammenarbeit innerhalb des Sowjetblockes	20
6) Repatriierungsabkommen mit der SU läuft ab	21

- - - - -

# Bericht über die Entwicklung in Polen

~~1958~~  
Jahresbericht  
1959

Seite:

A. INNERE ENTWICKLUNG	1
I. <u>Politische Ereignisse</u>	1
1) Im Zeichen der Parteitage	1
2) Probleme der Rechtsstaatlichkeit	1
3) Freiheitskämpfer	3
4) Sozialisten und Kommunisten im Vorkriegspolen	3
II. <u>Wirtschaft</u>	
1) Wirtschaftslage 1958	5
2) Landwirtschaft 1958	5
3) Kein "Heldentum" in der Wirtschaftsplanung	6
4) Landwirtschaftliche Politik der Partei bleibt bestehen	8
5) Anteil der Westgebiete Polens in der Gesamtwirtschaft	9
III. <u>Kulturelle und soziale Probleme</u>	10
1) Notwendige Klarstellungen	10
2) Schulbau	13
3) Schulen für Erwachsene	13
4) Arbeitsschutz	14
5) Probleme des polnischen Arbeitsmarktes 1959	15
6) Polnische Gewerkschaften in Zahlen	16
B. <u>Polen und Ausland</u>	17
1) Warschau zur sowjetischen Note über Berlin und den Friedensvertrag	17
2) Parteitag in Moskau	17
3) "Trybuna Ludu" zum XXI. Parteitag	18
4) Aus der Begrüßungsansprache GOMULKAS	19
5) Technische Zusammenarbeit innerhalb des Sowjetblockes	20
6) Repatriierungsabkommen mit der SU läuft ab	21

- - - - -

## A. Innere Entwicklung

### I. Politische Ereignisse

#### 1) Im Zeichen der Parteitage

Zwei Ereignisse beeinflussten zu Beginn des neuen Jahres das politische Geschehen in Polen: Der Parteitag der KPdSU in Moskau und der Parteitag in Warschau, der im März stattfinden soll und seine Schatten vorauswarf.

In dieser Situation zeigte die Partei- und Regierungsspitze verständlicherweise wenig Bereitschaft, irgendwelche wichtigen Schritte, sei es auf politischen, ideologischen oder anderen Gebieten zu unternehmen.

Diese Einstellung konnte man sehr deutlich bei den Diskussionen beobachten, die in den letzten Wochen in allen polnischen Parteiorganisationen und den Betrieben durchgeführt werden. Diese Diskussionen, die im Zeichen des kommenden Parteitages in Warschau stehen, beschränken sich ausschließlich auf die Probleme der wirtschaftlichen Planung in den nächsten sieben Jahren. Sämtliche politischen oder ideologischen Momente werden bei diesen Diskussionen so gut wie überhaupt nicht berührt. Mit wenigen Ausnahmen verläuft die Wahl der Delegierten für den Parteitag entsprechend den Wünschen der Parteileitung. Nur selten kommt es zu solchen Demonstrationen, wie beispielsweise in einem großen Textilkombinat in der Umgebung Warschaws, wo ein Delegierter gewählt wurde, der als einer der aggressivsten Vertreter der stalinistischen Opposition im ZK gilt: Kazimierz MIJAL. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß GOMULKA auf dem Parteitag Herr der Lage sein wird, wenn man auch mit ein paar demonstrativen Auftritten rechnen muß.

Ein Zeichen dafür, daß man alle wichtigen Entscheidungen auf die Zeit nach dem Parteitage verschoben hat, ist die Tatsache, daß man schon seit mehreren Monaten keine personellen Umbesetzungen von Bedeutung in der Partei, der Regierung und anderen Stellen vorgenommen hat.

Man kann also von einer bewußten Stagnierung der Lage in Polen sprechen. Die einzige Ausnahme bildeten einige Ereignisse, die auf eine Verschärfung der Parteipolitik auf dem kulturellen Sektor hindeuten.

#### 2) Probleme der Rechtsstaatlichkeit

Der polnische Justizminister Marian RYBICKI, befaßte sich in einem Gespräch mit dem Vertreter der Arbeiterpresseagentur (AR) mit den Problemen der Rechtsstaatlichkeit im heutigen Polen (veröffentlicht in "Trybuna Ludu" vom 13. 1.)

Der Minister wies darauf hin, daß im vergangenen Jahr das von ihm geleitete Ministerium nicht ein einziges Mal den früher so oft genutzten Weg- alle gesetzgeberischen Akte, die im Ministerium ausgearbeitet wurden, sind als Gesetze vom Parlament beschlossen und in dieser Form veröffentlicht worden.

RYBICKI meinte, der Weg über das Parlament sei eine Garantie dafür, daß alle Gesetze in der Atmosphäre der Diskussion entstehen, daß die öffentliche Meinung eingeschaltet wird, daß im Rechtsbewußtsein eines jeden Bürgers solche gesetzgeberischen Akte mehr Verständnis finden, als Dekrete, die vom heitdreren Himmel fallen.

Über die aktuell entbrannte Diskussion, in welcher Form die Richter berufen werden sollten, meinte der Minister, er würde der Wahl und nicht dem Nominierungsprinzip den Vorrang geben. Das setzt natürlich die Existenz ausreichender Kader von charakterlich und beruflich qualifizierten Kandidaten voraus. Der Minister schränkte allerdings das Wahlprinzip dahingehend ein, daß er feststellte, "auf der jetzigen Etappe" sei die einzige Instanz, die zur Richterwahl berufen werden könnte, der Staatsrat.

Nun ist der Staatsrat nichts weiter als ein kollektives Staatsoberhaupt, bestehend aus einem Dutzend Mitgliedern. So wird sich die "Wahl" der Richter praktisch kaum von der Nominierung durch den Staatspräsidenten, die in manchen Staaten praktiziert wird, unterscheiden. Im übrigen trat der Minister für eine bessere materielle Stellung des Richterstandes ein, die für die Unabhängigkeit der Richter von großer Bedeutung sei.

Der Minister stellte auf die Frage eines Journalisten fest, daß die Zahl der Beschwerden über ungesetzliches Handeln und Willkür staatlicher Organe heutzutage verschwindend klein sei. Man könne also sagen, die Rechtsstaatlichkeit in den Beziehungen zwischen der staatlichen Gewalt und dem Bürger sei wiederhergestellt worden. Dabei entstand ein anderes Problem: Die Bevölkerung beschwert sich immer häufiger über die Laschheit der staatlichen Organe (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte usw.) gegenüber einer Verletzung der bestehenden Rechtsordnung und der Gesetze durch die einzelnen Bürger selbst. Eine Besserung in dieser Hinsicht, die im Jahre 1958 abzusehen war, hält der Minister für nicht ausreichend. Der Justizminister ist berechtigt, auch

gegen rechtswirksame Gerichtsurteile eine "außerordentliche Revision" einzulegen. In vielen Fällen muß er von dieser Prärogative Gebrauch machen, weil viele Gerichte bei der Verurteilung von Diebstahl des öffentlichen Eigentums, des Banditentums, des Rowdywesens usw. erstaunlich milde Urteile fällten.

### 3) Freiheitskämpfer

145 000 Mitglieder zählt nach Angaben von "Zycie Warszawy" vom 22. Januar der "Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie". Diese Organisation, an deren Spitze der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ steht, sammelt augenblicklich die ehemaligen Vertreter der Untergrundbewegung aus der Zeit der Nazibesatzung die Teilnehmer aus dem II. Weltkrieg, Veteranen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung im Vorkriegspolen, ehem. KZ.Häftlinge usw.

Vor dem Oktober 1956 hat man viele echte "Kämpfer für Freiheit und Demokratie" nicht in den Verband aufgenommen, bzw. sie in der ersten Zeit nach dem Kriege aus dem Verband im Verlaufe der Stalinisierung ausgestoßen.

Manches damals geschehene Unrecht ist inzwischen wieder gut gemacht worden. In den letzten zwei Jahren hat man 100 000 neu oder wieder aufgenommene Mitglieder "verifiziert" - also überprüft.

Die Voraussetzung für die Mitgliedschaft in dem Verband ist eine "patriotische Haltung" - Volkspolen gegenüber. Dem Verband dürfen also die ehem. Mitglieder der "reaktionären Gruppen" in der damaligen Untergrundbewegung und Menschen, die heute dem Regime feindlich gegenüberstehen, nicht angehören.

Auf der letzten Tagung des Verbandes, die am 21. Januar stattfand, erörterte man eine Verstärkung der Aktivität auf der internationalen Ebene, sowie der Kontakte mit den Organisationen der Resistance in anderen Ländern.

### 4) Sozialisten und Kommunisten im Vorkriegspolen

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" brachte am 22. Januar einen interessanten Beitrag über die Beziehungen zwischen der Polnischen Sozialistischen Partei und den Kommunisten in Polen. "Die Jahre zwischen den beiden Weltkriegen - so heißt es wörtlich - war die Zeit eines unaufhörlichen Kampfes zwischen diesen beiden Parteien".

Die Ursache dieses Kampfes wird im Artikel verfälscht. Die Polnischen Sozialisten

sten standen immer auf der Position der Unabhängigkeit Polens und haben für diese Unabhängigkeit schon vor dem I. Weltkrieg gekämpft. In den Kommunisten sahen sie mit Recht den Parteigänger Moskaus, und gerade gegen diese "Agenturstellung" haben polnische Sozialisten konsequent gekämpft.

"Trybuna Ludu" leugnet diese Tatsache. Nach Meinung des Blattes bestimmte eine "rechtsstehende Gruppe" in der Parteileitung der polnischen Sozialisten die Linie der Parteiaktivität, die als opportunistisch bezeichnet wird.

"In allen entscheidenden Fragen, die das Schicksal der Arbeiterklasse, des ganzen Volkes betrafen, hatten die Kommunisten recht", behauptet heute "Trybuna Ludu".

Unbedeutende Splitter der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), die schon damals Anschluß an die Kommunisten suchten (unter diesen Splittergruppen gab es offensichtlich auch kommunistische Agenten, die auf eine innere Zersetzung der PPS hinarbeiteten), versucht das Blatt als wahre Verkörperung der sozialistischen Linie in der PPS darzustellen. Das Blatt gibt lediglich zu, daß die Beziehungen zwischen den beiden Parteien "durch irrtümliche Beurteilungen und falsche Maßnahmen der Kommunisten" zeitweise noch mehr getrübt worden seien. Man erwähnt dabei, die "falsche Theorie des 'Sozialfaschismus', die sich in den Jahren der Weltkrise von 1929-1932 'so hemmend auf die Heranreifung der revolutionären Atmosphäre in Polen ausgewirkt' habe.

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, der "Volksfront-Zeit", verschärfte sich der Kampf der PPS mit dem in Polen damals herrschenden Regime der PIŁSUDSKI-Nachfolger. Vor allem unter der Auswirkung der hitleristischen Bedrohung Europas entstand in dem linken Flügel der PPS eine Gruppe, die für eine Aktionseinheit in bestimmten Fragen des Kampfes gegen den Faschismus auftrat. Die Auflösung der Kommunistischen Partei Polens durch STALIN machte diese Versuche gegenstandslos.

Das Blatt verschweigt, daß in den besprochenen 20 Jahren mindestens 90 % der polnischen Arbeiterschaft trotz aller Diversionsversuche und Verleumdungskampagnen, die von den Kommunisten durchgeführt wurden, treu und unbeugsam zu ihrer Partei, der PPS, stand. Ohne die Unterstützung der Roten Armee wären die polnischen Kommunisten auch heute bedeutungslos geblieben.

Alle Kenner der polnischen Verhältnisse der Vorkriegszeit und von heute sind sich darüber einig, daß von allen Vorkriegsparteien einzig die PPS eine Chance hatte, eine bedeutende, wenn nicht gar ausschlaggebende politische Rolle zu spielen

## II. Wirtschaft

### 1) Wirtschaftslage 1958

Das vergangene Jahr wird als Jahr der Stabilisierung des Binnenmarktes bezeichnet. Während im Jahre 1957 gefährliche Inflationstendenzen aufgetreten sind, das wachsende Einkommen der Bevölkerung ging nicht parallel mit einer ausreichenden Warendeckung, beobachtete man im vergangenen Jahre eine Steigerung der Warenvorräte. Laut "Trybuna Ludu" vom 1. Januar beginnt jetzt eine Zeit, in der der Einzelhandel schon um den Kunden werben und sich seinem Geschmack und seinen Forderungen anpassen muß.

In der ersten Jahreshälfte des vergangenen Jahres gab es noch eine spontane, unkontrollierte und - nach Ansicht des Parteiblattes - unbegründete Preissteigerung für eine Anzahl von Marktartikeln und Leistungen, besonders der genossenschaftlichen Produktionsbetriebe und beim Handwerk. In der zweiten Jahreshälfte wurde diese Preisbewegung einer Kontrolle unterzogen und gebremst. Im Jahre 1959 glaubte man eine Stabilisierung der Lebenskosten erreichen zu können.

Als erfreulich betont man die Tatsache, daß bei der Steigerung der industriellen Produktion allein 86 % auf die gesteigerte Arbeitsproduktivität zurückzuführen ist. Obwohl die Gesamtproduktion der Industrie im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1957 um 9,5 % gesteigert wurde, erhöhte sich die Beschäftigung in der Industrie nur um 27 000 Personen, was nicht einmal 1 % ausmacht. Auf dem Gebiete der Steigerung der Arbeitsproduktivität gebe es noch große Möglichkeiten, und hier sehe man große Reserven für die Produktionssteigerung der Zukunft.

### 2) Landwirtschaft 1958

Das vergangene Jahr war für die Landwirtschaft in Polen kein leichtes, wie aus den Feststellungen von "Zycie Warszawy" vom 2. Januar hervorgeht. Die Lektarerträge für die Hauptgetreidesorten fielen durchschnittlich um 0,2 dz.

Weil die Saatfläche größer war als im Jahre 1957, erreichte man einen Gesamtertrag von über 13.550.000 to, d.h. etwas mehr als 1957. Auch die Kartoffelernte war niedriger als im vorangehenden Jahr.

Für die Versorgung der Städte, der Industrie und für Exportzwecke lieferte das Dorf 2.200.000 to Getreide, 2.860.000 to Kartoffeln, 1.100.000 t Schlachtvieh, 3.460 Millionen Liter Milch usw. Die gelieferten Mengen waren höher als im Jahr 1957. Für alle abgelieferten Produkte bekam das Dorf vom Staate 52 Milliarden Zloty bezahlt, d.h. um 9 Milliarden mehr als im Jahre 1957.

Der Wert des Exports von landwirtschaftlichen Produkten war um 60 Mill. Dollar höher als der Wert des Imports dieser Produkte durch Polen.

Im Jahre 1958 baute man auf dem Lande ca. 100 Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude. Die Stagnierung auf diesem Gebiete, die in der stalinistischen Ära zu beobachten war, gilt als überwunden.

Die Zahl der Produktionsgenossenschaften betrug zum Ende des vergangenen Jahres 1809. Im Laufe des Jahres wurden 178 neue Kolchosen gegründet. Sie umfassen ca. 29.000 Kolchosbauern. Die Durchschnittsfläche einer Kolchose in Polen beträgt jetzt über 80 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Die neu gegründeten Kolchosen sollen bessere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten besitzen, als die früher entstandenen. Allerdings gibt es auch unter den neuen Produktionsgenossenschaften solche, die außer dem "Aushängeschild und einer Eintragung im Register mit einer kollektiven Bauernwirtschaft nichts Gemeinsames haben", stellt "Zycie Warszawy" vom 16. Januar mit Betrübnis fest.

Die landwirtschaftlichen Staatsgüter konnten im Jahre 1958 das "eingeplante Defizit" um 2 Milliarden Zloty unterbieten. Schon "ein Drittel der Staatsfarmen sei im vergangenen Jahr rentabel gewesen, die restlichen hoffen es im Jahre 1959 zu werden.

### 3) Kein "Heldentum" in der Wirtschaftsplanung

Die Richtlinien für die Wirtschaftsplanung im nächsten Fünfjahrplan 1961-65 sehen eine Steigerung der industriellen Produktion um 50 % vor. Man diskutiert jetzt darüber, ob dieses Tempo der Produktionssteigerung ausreichen wird, um die Distanz, die Polen von den industriell hochentwickelten Ländern des Westens und von den sozialistischen Nachbarn, DDR, GDR und der SU trennt, zu verkleinern.



Durch den Vergleich des bisherigen Entwicklungstempos glaubt man ("Zycie Warszawy" vom 25. und 29. Januar), daß Polen Chancen besitzt, die Entfernung, die es von den hochentwickelten kapitalistischen Ländern trennt, zu verkleinern, obwohl es nicht möglich sein würde, diese Länder einzuholen. Man hat beispielsweise ausgerechnet, daß Polen erst im Jahre 1975 das "Pro-Kopf-Niveau" der industriellen Produktion der Bundesrepublik vom Jahre 1956 erreichen wird.

Im Falle der "sozialistischen Nachbarn" Polens ist die Situation auch weniger erfreulich. Für die Zeitperiode 1961-65 plant die Tschechoslowakei eine Steigerung der industriellen Produktion um 60 %, die DDR um mehr als 50 %. Diese beiden Länder gelten als wesentlich höher industrialisiert als Polen, die Distanz wird sich also in absehbarer Zeit kaum zu Gunsten Polens verringern. In der SU plant man ebenfalls, ein erhöhtes Steigerungstempo für die fünf betreffenden Jahre, so daß auch hier wenig Chancen vorhanden sind.

Nun stellt das Blatt folgende Frage: Erlauben uns patriotische und Prestige-Gründe einen Vergleich zu unseren Nachbarn im Süden und Westen in Kauf zu nehmen? Ist das geplante Tempo der industriellen Entwicklung Polens richtig?

Dieses Tempo liegt niedriger als in der Zeit des Sechsjahresplanes 1950 bis 1955 und sogar des laufenden Fünfjahresplanes 1956-60. Es muß allerdings dabei berücksichtigt werden; daß nach der ersten Periode der forcierten Industrialisierung in der Zeit von 1949-1956 jetzt eine Zeit eintritt, in der man die früher begonnene Investierung lediglich zur Vollendung bringt. Auf diese Weise konnte man in den letzten zwei Jahren ohne die Ausgabe für Investitionen zu vergrößern, eine immer größere Produktion erreichen, weil die meisten in Betrieb genommenen Produktionskapazitäten schon in den vergangenen Jahren zum wesentlichsten Teil entstanden waren. Beispielsweise wurde eine Fabrik aufgebaut, deren Einrichtungen und Maschinen bestellt und bezahlt waren. In den letzten Jahren brauchte man sie also nur zu montieren und mit der Produktion zu beginnen. Diese Investitionsreserven sind aber schon zum großen Teil erschöpft und bis zum Jahre 1960 werden sie restlos verbraucht sein. Will man neue Produktionskapazitäten schaffen, so muß man den Investitionszyklus von neuem beginnen. In den Jahren 1961-65 wird also wieder eine ungünstige Situation entstehen, wo man vieles investieren muß, ohne dadurch sofort neue Produktionskapazitäten zu schaffen.

Sollte man trotz dieser ungünstigen Situation das Tempo der Industrialisierung doch beschleunigen wollen, so müßte das auf Kosten der Verminderung des Teils

des Nationaleinkommens geschehen, der für die Konsumtion der Bevölkerung bestimmt ist.

Diese Politik hat man in der "Heldenära" der polnischen Industrialisierung, also während des Siebenjahresplanes, mit allen Mitteln betrieben. Aber aus den damaligen Erfahrungen hat man in Polen nicht wenig gelernt. Man weiß heute, daß die sog. "mobilisierenden Planziele" im heutigen Polen als die Erneuerung der administrativen Art des Denkens eingeschätzt werden, die leicht Oberhand über das ökonomische Denken gewinnen. In der Folge entstehen Disproportionen in der Entwicklung des ganzen Wirtschaftsorganismus. Die eingeplante Erhöhung des Lebensstandards bleibt ein papiernes Versprechen, abgesehen davon, daß für die Zeit der gesteigerten Anstrengungen eine Senkung des Lebensniveaus eine normale Begleiterscheinung ist.

Das Blatt kommt zu der Schlußfolgerung, daß Polen sich in den nächsten Jahren ein schnelleres Tempo der Industrialisierung nicht leisten kann, wenn man es mit der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung ernst meint. "Halten wir lieber bescheidenere Versprechen ein, statt uns von viel größeren illusorischen Versprechen blenden zu lassen".

Die Zeit, wo man zu "Heldentaten" aufgerufen hat, ist in Polen glücklicherweise vorbei. Man hat sich definitiv von den stalinistischen Planungsmethoden distanziert. Im übrigen erlaubt auch dieses realistische Denken einen gewissen Stolz über das Erreichte und Vorgenommene - so meint das Blatt. Im Vergleich zur Vorkriegszeit werden im Jahre 1965 sechsmal so viel Stahl, zehnmal so viel elektrische Energie und vierzigmal so viel Maschinen produziert.

#### 4) Landwirtschaftspolitik der Partei bleibt bestehen

Ein neues Bekenntnis zu der nach dem Oktober 1956 veränderten Parteilinie in der Landwirtschaftspolitik findet man am 18. Januar in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu":

Das Blatt betont stark, daß diese Politik zwar nicht als eine generelle Abkehr von allen ideologischen Grundlagen der bisherigen Parteiarbeit auf dem Lande aufzufassen ist, daß es aber falsch wäre, in ihr nur ein taktisches Manöver zur Beruhigung der Bauernschaft zu sehen.

Von den alten Grundlagen der Parteipolitik behält seine Gültigkeit das Prinzip der Industrialisierung, das allein imstande ist, den technischen wirt

schaftlichen und kulturellen Fortschritt des Dorfes zu garantieren. Weiterhin bleibt das Prinzip der Unterstützung der "werkstätigen Bauern" und die stufenweise durchzuführende Beschränkung der Ausbeutung der Armen durch die Reichen auf dem Lande bestehen. Bestehen bleibt die Absicht, der stufenweise durchzuführenden Sozialisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Dabei wird nicht lediglich an die Bildung der Kolchosen, sondern auch an die Einführung der sog. "kleinen Formen" der Sozialisierung (Bauernzirkel usw.) gedacht.

Die neue Parteipolitik lehnt aber gleichzeitig alles ab, was in der Zeit der Stalinisierung die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion bremste, eine Politik der ökonomischen Vernichtung der Großbauernbetriebe und eine Sozialisierung der Landwirtschaft mit Zwangsmitteln und gegen den Willen der Bauern. Zu diesen Fehlern der Vergangenheit - so versichert "Trybuna Ludu" - gibt es keine Rückkehr.

Die starke Betonung dieser Parteipolitik auf dem Lande dürfte wohl als eine Antwort auf die Flüsterpropaganda unter den Bauern aufgefasst werden, die immer noch kein volles Vertrauen an den guten Willen des GOMULKA-Regimes gewonnen haben.

#### 5) Anteil der Westgebiete Polens in der Gesamtwirtschaft

Im Jahre 1959 plant man, 1,4 Milliarden Zloty für den Wohnungsbau in den Westgebieten Polens zu verwenden. Es sollen 120 000 neue Wohnräume und 11 000 wiederhergestellte Räume zur Verfügung gestellt werden. Diese Zahlen liegen wesentlich höher als die Zahlen für das vergangene Jahr. Die Steinkohlenförderung und die Produktion der elektrischen Energie in den Westgebieten soll 30,8 % der Gesamtproduktion Polens ausmachen. Bei der Braunkohle wird dieser Prozentsatz sogar 77,1 % betragen. 38 Betriebe der chemischen Industrie werden um 13 % mehr als im Vorjahr produzieren, das sind 25 % der gesamtpolnischen Produktion. 1,1 Milliarden Zloty sind für Investitionen in der chemischen Industrie dieser Gebiete bestimmt, das ist 28 % der Gesamtausgaben für die Chemie. In den Westgebieten sind es 173 Betriebe, die dem Ministerium für Schwerindustrieunterstellt sind. In ganz Polen beträgt ihre Zahl 580. Die Produktion der Westgebiete in der schwerindustriellen Branche soll um 17 % gesteigert werden und 20 % der gesamtpolnischen Produktion ausmachen. Für die Zwecke der Volksbildung (Schulen usw.) bestimmt man 29 % aller Gelder in ganz Polen.

### III. Kulturelle und soziale Probleme

#### 1) Notwendige Klarstellungen

Bekanntlich wurde die Breslauer Tagung der polnischen Schriftsteller von Mitte Dezember 1958 zum Schauplatz einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Willkür der Zensur und gegen die schärfer werdende Kulturpolitik der Partei. Erst am 2. Januar erschien im Parteiorgan "Trybuna Ludu" ein Redaktionsartikel, in dem zu den Ereignissen des Breslauer Kongresses Stellung genommen wird:

"Im Breslauer Schriftstellerparlament dominierte eine Atmosphäre der Bedenken und imaginären Befürchtungen; der Vorbehalte zum ideologischen Programm der künstlerischen Arbeit und der kulturellen Tätigkeit einerseits und andererseits der Befürchtungen vor einem Rückfall in die von unserer Partei verworfene schlechte Praxis, den Kunstschaffenden einseitige und simplifizierte Schemen zu diktieren. Zwar sprach man auch davon, daß "die polnischen Schriftsteller in ihrer überwiegenden Mehrheit den Aufbau des Sozialismus bejahen und die jetzige Führung unterstützen". Als es aber darum ging, aus diesen Deklarationen Schlüsse zu ziehen, die konkreten schriftstellerischen, staatsbürgerlichen und erzieherischen Aufgaben der Gegenwartsliteratur in einem Lande, das den Sozialismus aufbaut, zu umreißen, wich ein beträchtlicher Teil der Redner vor den Konsequenzen ihrer deklarierten Haltung zurück.

Auf dem Kongreß herrschte eine Atmosphäre der Selbstzufriedenheit und der uneingeschränkten Anerkennung des Inhalts und des ideellen Klimas, das noch immer nicht geringe Gebiete unseres Kunstschaffens durchweht. Kaum einem wurde gewahr, daß das polnische Literaturschaffen mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins nicht Schritt hält, daß es vielen prinzipiellen Aufgaben des sozialistischen Schrifttums nicht gerecht wird, daß es keinen Versuch unternimmt, seine Pflichten gegenüber der Nation in einem geschichtlich wichtigen Augenblick zu präzisieren. Ein Teil der Kongreßteilnehmer sprach von den Mißverständnissen zwischen den "guten" Schriftstellern und der "schlechten" Zensur. Den Verlagen machte man zum Vorwurf, daß sie die Veröffentlichung einiger Werke abgelehnt hätten. Ein solcher Vorwurf ist von Grund auf falsch und unannehmbar. Es geht um die Haltung, wonach unsere literarische Presse und unsere Verlage von vornherein verpflichtet sein müssten, alles zur Veröffentlichung anzunehmen, was immer jeder Beliebige irgendwie und irgendwann einmal zu schreiben geneigt war. Wo in der Welt gibt es Verlage, die derartige Prinzipien gutheißen würden?

Die auf dem Breslauer Kongreß zutage getretene Situation bei einem Teil dieses Personenkreises bedarf unumgänglicher Klarstellungen in grundsätzlichen Dingen. Das sozialistische Kulturprogramm - ein Bestandteil des sozialistischen Programms für den wirtschaftlich-sozialen Umbau - basiert auf dem Prinzip der Beteiligung der Kunstschaffenden an dem wichtigsten gesamt-nationalen Anliegen - dem Aufbau des Sozialismus. Die Partei, die im Namen der Hauptmasse der Nation handelt, hat das Recht, dies von den Kulturschaffenden zu verlangen.

Indem die Partei den geschichtlichen und zutiefst humanistischen Sinn und Zweck des Sozialismus hervorhebt, verschweigt sie nicht die Fehler und Unvollkommenheiten seiner Realisierung in der begrenzten Periode seiner erst kurzen Geschichte. Sie verweist darauf, daß eine schöpferische Praxis, die sich auf diesen Themenkreis beschränkt und ihn in aufgebauschter Form interpretiert, einer Negation aller menschlichen Bemühungen nahekommt, insbesondere der sozial und geschichtlich notwendigen. Dies würde nicht nur das Kunstschaffen als solches einengen, sondern auch in der öffentlichen Wirkung schädlich sein, da es die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von vielen Aufgaben und Zielen der großen sozialistischen Umgestaltung ablenkt, das Vertrauen zu ihnen untergräbt und im Ergebnis eine Atmosphäre der Enttäuschung, des Zweifels und des Nihilismus verbreitet.

Diese grundlegenden Thesen und Postulate sind nicht neu - sie waren die Grundlage jeder sozialistischen Kulturpolitik, auch derjenigen, die vor einigen oder mehreren Jahren vertreten wurde. Die Übereinstimmung der grundlegenden Thesen der einstigen und jetzigen sozialistischen Kulturpolitik erschrecken nicht nur die ängstlichen und die dem Sozialismus zwar nahestehenden, aber ideologisch noch unsicheren Künstler, sondern gibt auch den Gegnern des Sozialismus die Möglichkeit, Gerüchte von einer angeblichen Rückkehr zum 'Alten' zu verbreiten. Diese Gerüchte, zuweilen dem Unterbewußtsein entspringend, manchmal mit dem Charakter einer politischen Unterstellung, sind aus den Fingern gezogen. Die Situation ist doch klar, im Einklang mit den Konzeptionen des VIII. Plenums gibt es und kann es keine Rückkehr zur dogmatischen Kulturpolitik geben, zu einem künstlichen Lancieren einer schematischen, schönfärberischen Produktion, die den Begriff Kunst entwertet - es gibt auch keine und es wird auch keine Abweichung von der prinzipiellen sozialistischen Kulturpolitik geben. Es kann und wird keine "zweite Etappe" in der Kultur geben.

Die Partei beabsichtigt nicht, eine Einheitsrichtung oder einen Einheitsstil in der Kunst durchsetzen zu wollen. Doch sie wird auch künftig entschlossen um eine sozialistische Kultur und Kunst ihrem Inhalt nach kämpfen, die ideologisch engagiert ist und dem Fortschritt dient."

Sechs Tage später reagierte der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Antoni SLONIMSKI, mit einem Brief an die Redaktion von "Trybuna Ludu", der dort veröffentlicht wurde. SLONIMSKI stellt fest, daß nicht ein einziger Schriftsteller die Meinung auf dem Kongreß vertrat, daß die Verlage und Redaktionen verpflichtet wären, alles Zugesandte zu veröffentlichen, und bezeichnete solche Behauptung als absurd. Gleichzeitig fügt aber SLONIMSKI hinzu, daß viele namhafte Schriftsteller ihrer Beunruhigung Ausdruck geben, daß es gegen die oft willkürlichen und ungerechten Entscheidungen der Zensur an der Verlage keine Möglichkeit einer Berufung gäbe. Diese Schriftsteller wollten weiter nichts, als die Anwendung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit und Gesetzlichkeit auch auf diesem Gebiet, auf die Organe, die eine so wichtige Rolle ausüben und für die Atmosphäre der literarischen Arbeit, für die Entwicklungsmöglichkeiten der nationalen Kultur verantwortlich sind.

Den Brief des Vorsitzenden SLONIMSKI versieht die Redaktion von "Trybuna Ludu" mit einem Kommentar, in dem es u.a. heißt:

"Wir werden wohl mit der Wahrheit in Eintracht stehen, wenn wir feststellen, daß eine Reihe von Diskussionsrednern sich nicht nur gegen die Art aussprachen, in welcher die Zensur arbeitet, sondern gegen das Prinzip der Existenz einer Zensur (Jastrun, Slonimski, Hertz u.a.). Manche Schriftsteller stellten fest, daß die Funktion der Zensur jetzt von den Redaktionen und Verlagen ausgeübt werden und traten gegen die Tatsache auf, daß man manchen Autoren die Manuskripte nicht veröffentlichen wollte (Kijowski, Hertz, Kott u.a.)."

Wenige Wochen danach wurden die Hauptvertreter der Opposition der Breslauer Tagung aus den Redaktionen, in denen sie arbeiteten, ausgeschlossen. So verschwand z.B. aus dem redaktionellen Impressum der Zeitschrift "Przegląd Kulturalny" am 5. Februar der Name des bisherigen Redaktionsmitgliedes und eines geschätzten polnischen Kritikers - Jan KOTT. Man betonte zwar, daß die keine Diskriminierung Jan KOTTS als Autor bedeutet, und veröffentlichte sogar in derselben Nummer eine Theaterkritik von ihm; die Tatsache seiner Ausschaltung bleibt indessen bestehen.

Das Regime setzt also seine verschärfte Kulturpolitik durch, entfernt die Opponenten aus den Redaktionen, aber das alles ohne das beschämende Akkompagnement der Beschimpfungen. Auch versucht man - vorläufig jedenfalls - nicht, die widerspenstigen Schriftsteller durch ein generelles Druckverbot auf die Knie zu zwingen. Man merkt, wie weit der Weg von Warschau nach Moskau ist...

## 2) Schulbau

Sieben Milliarden Zloty will man in den nächsten sieben Jahren für den Bau von ca. 4500 neuen Schulen ausgeben. Für polnische Möglichkeiten bedeutet diese Summe eine große Anstrengung des Staates und der Bevölkerung, um das Bildungsniveau zu heben.

Ein Teil dieser Summe wird durch freiwillige Spenden der Bevölkerung gedeckt werden. So haben beispielsweise die polnischen Kumpel eine zusätzliche Sonntagschicht eingelegt und 300.000 t Steinkohle gefördert, die einen Wert von 100 Mill. Zloty haben.

In wenigen Jahren beginnt man in Polen mit den Feierlichkeiten zum tausendjährigen Bestehen des polnischen Staates. (Der erste historische Herrscher Polens - Miesko I. - wird im Jahre 963 zum ersten Male erwähnt). Man hat beschlossen, zur Ehrung dieses Tages ein Denkmal in der Form aufzustellen, daß man mehrere Tausend so bitter notwendige neue Schulen baut.

## 3) Schulen für Erwachsene

Es gibt drei Millionen Erwachsene in Polen, die eine Grundschule nicht beendet haben. Noch schlimmer als das: Jährlich gibt es 130.000 junge Menschen, die ihren Schulbesuch aufgeben, ohne die Grundschule zu beenden. "Trybuna Ludu" schreibt in diesem Zusammenhang am 9. Januar von Millionen von Menschen in Polen, die in der großen technischen Revolution nicht auf die Aufgaben einer modernen Gesellschaft gerüstet sind.

Die allgemeinbildenden Schulen für Erwachsene sind in ihrer bisherigen Ausdehnung nicht imstande, das Problem zu lösen, obwohl sie in den letzten 13 Jahren von über einer Viertel Million Menschen absolviert wurden. Die Zahl der Absolventen von höheren Schulen für Erwachsene betrug zur gleichen Zeit 80.000.

Am 2. Juli 1958 wurde ein Gesetz beschlossen, wonach eine gesetzliche Schulpflicht für die werktätigen Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr noch nicht

beendet haben, eingeführt wird (Berufsschulen). Die Beschäftigung in der staatlichen Wirtschaft, im Handel, Handwerk und nach und nach auch in der Landwirtschaft soll von der Beendigung von mindestens sieben Klassen der Grundschule abhängig gemacht werden.

Eine Untersuchung hat zutage gebracht, daß 39,5 % der Betriebsleiter und Betriebsdirektoren nur eine niedere Bildungsstufe besitzen. In der stalinistischen Ära führte eine falsche Politik zur Herabsetzung des Bildungsproblems in den Augen der Interessierten. Die jetzige Lohnpolitik muß weitgehend dem Bildungsniveau der Beschäftigten angepasst werden. Es muß ein materieller Anreiz geschaffen werden, der die Menschen zur Vervollkommnung ihrer Bildung anspricht.

#### 4) Arbeitsschutz

Die Wirtschaftsplanung für die nächsten Jahre sieht - neben dem Bau von neuen industriellen Objekten - eine "volle Ausnutzung" der schon bestehenden Produktionsfläche und Produktionskapazitäten vor.

"Trybuna Ludu" macht am 7. Januar auf die Gefahren aufmerksam, die dabei für den Arbeitsschutz entstehen können. Die meisten Fabriken sind schon jetzt mit Maschinen und Arbeitern überfüllt. Will man aus Sparsamkeitsgründen eine Produktionssteigerung dadurch erreichen, daß man die Produktionshallen noch mehr mit Maschinen und Menschen vollstopft, so wird das die Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechtern.

Die Beunruhigung des Blattes ist um so begründeter, als die sog. perspektivische Wirtschaftsplanung sich wohl mit dem Problem der Produktionssteigerung beschäftigt, aber sehr wenig mit der Problematik des Arbeitsschutzes.

Weit über 1.600 Menschen verlieren jährlich ihr Leben durch Arbeitsunfälle. Die Zahl derjenigen, die dabei verkrüppelt werden, erreicht 30.000, fast 135.000 liegen jährlich wegen leichterer Arbeitsunfälle mehrere Wochen krank. 3,5 Mill. Arbeitstage gingen durch Arbeitsunfälle im Jahre 1957 verloren.

Das Blatt weist auf die ungesunde Tatsache hin, daß die Probleme des Arbeitsschutzes und der Ökonomik des Betriebes nicht miteinander verbunden sind. Die Direktion ist heutzutage nicht direkt an der Verbesserung des Arbeitsschutzes interessiert, weil die Kosten der durch Arbeitsunfälle entstandenen Behandlung und die Krankengelder nicht zu Lasten des Betriebes gehen.



Die Versicherungsbeiträge, die vom Betrieb gezahlt werden müssen, sind von der Zahl der Arbeitsunfälle und Erkrankungen unabhängig. Der Produktionsbetrieb trägt praktisch keine materielle und strafrechtliche Verantwortung für den dem Beschäftigten angerichteten Körperschaden und für die Verluste der staatlichen Wirtschaft. Das Blatt fordert eine Änderung der bestehenden Vorschriften in dem Sinne, daß der Betrieb für jeden vom Arbeitnehmer nicht verschuldeten Unfall materiell und seine verantwortlichen Leiter auch strafrechtlich haften.

#### 5) Probleme des polnischen Arbeitsmarktes 1959

12,5 Mill. Polen werden im Jahre 1959 von der Landwirtschaft leben. Der Rest der Bevölkerung, das sind ca. 16,5 Millionen, wird von nichtlandwirtschaftlichen Berufen leben. Der Anteil der aus der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung wird immer kleiner.

Die neuen Jahrgänge, die in das Arbeitsalter kommen, sind während des Krieges geboren. Sie sind bei weitem weniger zahlreich, als die Vorkriegsjahrgänge. Wenn man den Abgang der alten Jahrgänge berücksichtigt, die aus dem Arbeitsalter scheiden, wird der Zuwachs der Personen, die im Produktionsalter stehen, in diesem Jahr nur 47.000 Menschen betragen, das ist um 20.000 weniger als der Zuwachs im Jahr 1958 und nur ein Drittel des Zuwachses aus dem Jahre 1956.

Gleichzeitig sieht der Plan für das Jahr 1959 jedoch eine Steigerung der Beschäftigtenzahl um 125.000 Menschen vor. Aus dem Vergleich dieser Zahlen ergeben sich Probleme, die dem Arbeitsmarkt entstehen werden.

Neue Arbeitskräfte braucht das Bauwesen, um die geplante Investierung durchzuführen. Eine Vergrößerung der Beschäftigtenzahl erfolgt im Transport- und Verbindungswesen, im Handel, in der Kommunalwirtschaft, bei sozialen und kulturellen Leistungen. Die Beschäftigtenzahl in der Industrie soll um 40.000 anwachsen. Neubeschäftigte sollen mit 18 % an der Zuwachsrate der industriellen Produktion im Jahre 1959 partizipieren. Die restlichen 8,2 % der Steigerung der industriellen Produktion sollen durch höhere Arbeitsproduktivität erreicht werden.

Nachdem im vergangenen Jahr der Anteil der Frauen bei der Gesamtzahl der Beschäftigten gesunken ist, muß er im laufenden Jahr wieder steigen, will man die Sollzahlen erreichen.

## 6) Polnische Gewerkschaften in Zahlen

In der Jahresmitte 1958 gab es 5.335.000 Gewerkschaftsmitglieder. In den Betrieben, in denen die Gewerkschaftsarbeit organisiert ist, gibt es fast 6.240.000 Beschäftigte. Die Gewerkschaften haben also 85,5 % aller in diesen Betrieben Beschäftigten organisiert.

Zahlenmässig am stärksten ist die Gewerkschaft für Bergbau, die fast 480.000 Mitglieder umfasst (über 96 % aller Beschäftigten im Bergbau). Den höchsten Prozentsatz der in der Gewerkschaft organisierten Menschen gibt es bei den Seeleuten und Seefischern (98,4 %) und den Arbeitern der Zuckerindustrie (97,3 %).

Über 400.000 Mitglieder zählen die Gewerkschaften für Bauwesen und Bauindustrie, Bekleidungs- und Lederindustrie und die Eisenbahnergewerkschaft. Zwei der zahlenmässig kleinsten Gewerkschaften (unter 20.000 Mitglieder) sind die Gewerkschaft der Kulturschaffenden und die Gewerkschaft der Seeleute und Seefischer.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten in Polen betrug am 1. Juli 1958 7.390.000 Personen. Über 1,1 Millionen Personen arbeiten in Betrieben und Institutionen die von der Gewerkschaftsarbeit nicht erfasst werden. Hierzu gehören 440.000 Mitglieder der Arbeitskooperative, die laut Beschluß des Zentralen Gewerkschaftsrates aus dem Jahre 1951 außerhalb der gewerkschaftlichen Arbeit bleiben.

In der ersten Jahreshälfte 1958 wuchs die allgemeine Beschäftigtenzahl um 80.000 Personen an. In der gleichen Zeit erhöhte sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um 61.000 Menschen. (Laut "Trybuna Ludu" vom 15. Januar).

## B. Polen und das Ausland

### 1) Warschau zur sowjetischen Note über Berlin und den Friedensvertrag

An der ursprünglichen Zurückhaltung Warschaus gegenüber der sowjetischen Offensive in der Frage Berlins und Deutschlands hat sich nach außenhin nicht viel verändert. Man tritt eben so weit hervor, wie es notwendig ist, um nicht den Anschein zu erwecken, Polen mangle es an Solidarität mit der SU.

Aus der Umgebung GOMULKAs sind aber Informationen durchgesickert, die auf eine Änderung der Haltung Polens in der Berliner und der Deutschlandfrage hinweisen

In der ersten Phase der von der SU provozierten Berlinkrise, vertrat man in Warschau die Meinung, daß Polen eigentlich an der Schaffung eines neuen Brennpunktes des Kalten Krieges in Europa nicht interessiert sei, im Gegenteil, die Stellung der Berlinfrage durch die Sowjets könne für Polen mit ernstesten Nachteilen verbunden sein.

Über die Gefahren, die in diesem Zusammenhang der Welt, also auch Polen drohen ist man sich in Warschau weiterhin völlig bewußt. Aber neue Überlegungen gesellten sich hinzu. Man kam zu der Einsicht, daß der Druck auf Berlin unter günstigen Umständen eine Lösung zutage bringen könnte, die weitgehend den Ideen des Rapacki-Planes entspricht. Wenn man von einer polnischen Außenpolitik überhaupt sprechen kann, so sieht sie seit mehr als einem Jahr ihr Hauptziel in der Realisierung dieses Planes, der Polen gegenüber der SU eine ganz andere Situation geben würde und in weiterer Zukunft Polen immer mehr Bewegungsfreiheit gestatten könnte.

Diese Perspektive veranlasste Warschau zu einer warmen Begrüßung des sowjetischen Entwurfes für einen Friedensvertrag mit Deutschland, der laut der offiziellen Antwort der polnischen Regierung "den lebenswichtigen Interessen Polens entspricht".

### 2) Parteitag in Moskau

In einer sehr bezeichnenden Art reagierte Warschau auf den XXI. Parteitag in Moskau. Der Haupttenor aller Begrüßungsartikel in der Presse sowie in der Ansprache GOMULKAs vor dem Moskauer Parteitag ist: Es gibt keine Rückkehr zu den alten Fehlern und alten Methoden, mit denen der XX. Parteitag gebrochen hat. Das bezieht sich insbesondere auf die tiefgreifende Auflockerung in der SU und in einigen anderen Ländern des Ostblocks. Hauptsächlich aber betonte man den neuen Geist der gegenseitigen Beziehungen zwischen den kommunistische

Parteien und den Staaten des sozialistischen Lagers. Was die polnische Presse der Rundfunk, was GOMULKA selbst in Moskau über die absolute Unabhängigkeit und Souveränität der Parteien und Staaten im Sowjetlager gesagt haben, ist weniger eine Feststellung der augenblicklichen Situation als vielmehr ein Programm für die Zukunft.

Die Person CHRUSCHTSCHOWs wird nicht über das Maß hervorgehoben, man hütet sich polnischerseits vor dem Wiederaufleben der Methoden aus der Zeit des "Kultus des Individuums", wie man heute in Polen verschämt die STALIN-Ära nennt. Informierte Kreise Warschaws wissen aber, wie sehr sich die Politik GOMULKAs auf die Person CHRUSCHTSCHOWs stützt. In ihm sieht der polnische Parteichef den einzigen Mann, dem man zutrauen kann, daß er es mit der Abkehr vom Stalinismus ernst meint. Das jetzige Abbremsen dieses Prozesses und gewisse Rückfälle in die Vergangenheit sind nach der festen Überzeugung GOMULKAs die notwendigen taktischen Züge des Kremlherrschers. Polen darf sich nicht zu weit "hinauslehnen" - mit anderen Worten: Darf nicht zu viele demokratische Freiheiten für sich beanspruchen, so lange es CHRUSCHTSCHOW nicht möglich ist, sie in demselben Umfange auch in der SU einzuführen, - so lautet ungefähr die These, die GOMULKA zu vielen freiwilligen Konzessionen veranlasste.

### 3) "Trybuna Ludu" zum XXI. Parteitag

Aus dem am 27. Januar im Parteiorgan veröffentlichten Artikel unter dem Titel "Der Parteitag der großen Partei":

"Die dem XXI. Parteitag vorausgegangenen Parteikonferenzen der Gebiete und Republiken standen unter dem Zeichen der Geschlossenheit der Parteienreihen, der gestiegenen Autorität der Partei und des Anwachsens ihrer führenden Rolle. Die Quelle dieser Fortschritte ist, wie die 'Prawda' vor einigen Tagen schrieb, eben die konsequente Verwirklichung der Beschlüsse des XX. Parteitages. Die durch ihn eingeleiteten Wandlungen brachten ein zweifaches Ergebnis: Einen raschen Aufschwung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, der Technik und Wissenschaft, des Bauwesens und Handels und gleichsam eine bedeutende Ausweitung der sozialistischen Demokratie, eine Untermauerung der Rechtsstaatlichkeit, ein Klima, das der Entfaltung der Initiative der Werktätigen der UdSSR förderlich ist.

Der stürmische Aufschwung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder übt einen mächtigen Einfluß auf die internationale Lage aus.

Angesichts des festgefügtten Lagers der sozialistischen Staaten, das ein Tempo entwickelt, für das die Kontrollziffern des neuen Siebenjahresplanes ein großartiges Beispiel sind, dürften die "von der Position der Stärke" ausgehenden Konzeptionen durchführbar sein.

Unsere Partei, mit der KPdSU durch die Traditionen des gemeinsamen Kampfes und die gemeinsamen Prinzipien des Marxismus-Leninismus verbunden, und das polnische Volk, das sich der Bedeutung der polnisch-sowjetischen Freundschaft für die Souveränität, Sicherheit und Sozialistische Entwicklung unseres Lebens bewußt ist, werden den Verlauf der Beratungen des XXI. Parteitages mit lebhaftem und herzlichem Interesse verfolgen."

#### 4) Aus der Begrüßungsansprache GOMULKAS

"Der gegenwärtige außerordentliche Parteitag ist ein Parteitag, der eine neue, entscheidende Etappe im Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus einleitet. Man kann sicher sein, daß das Sowjetvolk unter Führung seiner Leninschen Partei das großangelegte Siebenjahresprogramm für die weitere allseitige Entwicklung der SU verwirklichen wird, daß es zum eigenen Wohl und zum Nutzen der weltweiten Idee des Sozialismus und des Friedens die mächtige materiell-technische Basis des Kommunismus erbaut wird.

Unsere Partei und das polnische Volk haben mit großem Interesse und mit Sympathie die Richtlinien für den Siebenjahresplan zur Entwicklung der Sowjetunion vernommen. Ihre Entwicklungspläne sind auch für unsere Volkswirtschaft von immenser Bedeutung.

Wir befinden uns am Vorabend eines Parteitages unserer Partei, des Parteitages, der auch dem polnischen Volk neue, der Größe unserer ständig wachsenden Möglichkeiten angepasste Aufgaben der Weiterentwicklung Volkspolens stellen wird. Der Aufschwung der SU stellt unter den Bedingungen unserer gegenseitigen und sich unentwegt erweiternden Zusammenarbeit einen schöpferischen Faktor dar, der die Entwicklung unseres Landes beschleunigt und erleichtert.

Unsere Entwicklungspläne spiegeln am eindrucksvollsten die friedlichen Absichten wider, von denen sich das Lager der sozialistischen Länder in seiner solidarischen internationalen Politik leiten läßt. Wir wünschen Frieden und friedliche Koexistenz mit den Ländern, die ein anderes Gesellschaftssystem haben. Wir streben konsequent nach Beseitigung der Schützengräben des 'Kalten Krieges', nach Minderung der internationalen Spannung.

Ein neuer Ausdruck dieses Strebens sind die von der SU unterbreiteten und auch mit Polen und den anderen sozialistischen Ländern abgesprochenen Vorschläge über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung Westberlins in eine freie Stadt. Es versteht sich ganz von selbst, daß das gesamte polnische Volk diese Vorschläge rückhaltslos unterstützt.

Unsere Delegation hat auch den Teil der Ausführungen des Genossen Chruschtschow, der die Frage der Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien sowie zwischen den sozialistischen Ländern betrifft, mit großem Interesse verfolgt. Unserer Meinung nach ist die auf diese Weise entwickelte Darlegung dieses Problems notwendig und nützlich. In unserer Partei wird dies mit Genügnung aufgenommen werden. Diese Darstellung der Dinge bringt das Wesen des proletarischen und sozialistischen Internationalismus zum Ausdruck und entspricht voll und ganz der tatsächlichen Lage in der internationalen kommunistischen Bewegung. Diese eindeutige Darlegung des Standpunktes wird die internationale kommunistische Bewegung auf den Leninschen Grundlagen des Internationalismus, der Gleichheit und des einmütigen Handelns aller kommunistischen und Arbeiterparteien noch mehr festigen. Sie wird den Feinden des Sozialismus, den Revisionisten aller Schattierungen und den Leuten, die dem Marxismus-Leninismus abtrünnig wurden, die unter Entstellung der Wirklichkeit behaupten, die KPdSU und die Sowjetunion würden angeblich den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien sowie den Ländern des sozialistischen Lagers ihren Willen aufzwingen, einen Schlag versetzen. Tatsächlich sieht die Lage doch so aus, daß sowohl unsere Partei als auch die anderen Parteien - das wissen wir sehr gut - volle Souveränität und Gleichberechtigung genießen, die Linie ihrer Politik selbst bestimmen und alle Probleme ihres eigenen Landes selbst entscheiden. Die Autorität, die sich die KPdSU in der internationalen Arbeiterbewegung erwarb, ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung, resultiert aus dem Umstand, daß die KPdSU die erste Partei ist, die in ihrem Land die sieghafte sozialistische Revolution vollzog. Auf die KPdSU und auf die Sowjetunion waren und sind die Blicke der Kommunisten aller fortschrittlichen Menschen der Welt gerichtet, weil hier die neueste Geschichte der Menschheit geboren wird und von hier aus auf alle Völker ausstrahlt - die Geschichte der Entstehung der klassenlosen Gesellschaft."

### 5) Technische Zusammenarbeit innerhalb des Sowjetblocks

Das Parteiblatt "Trybuna Ludu" schreibt am 31. Januar über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit innerhalb des Ostblocks:

"Die gegenseitige wissenschaftlich-technische Hilfe erstreckt sich vornehmlich auf die Überlassung von Projekten für Fabriken, Produktionsabteilungen oder andere Objekte, auf den Austausch von Konstruktions- und technologischen Unterlagen, sowie auf den Erfahrungs- und Expertenaustausch. Von besonderer Bedeutung ist die von der SU erwiesene Hilfe, von der wir im Jahr etwa 130 bis 170 Dokumentationen erhalten. Die anderen sozialistischen Länder überlassen uns jährlich rund 80 bis 120 Dokumentationspositionen. Auf der anderen Seite ist aber auch Polen bemüht, im Rahmen seiner Möglichkeiten den anderen Ländern zu helfen. Die Ausgaben für die wechselseitige wissenschaftlich-technische Hilfe unter den sozialistischen Ländern machen nur so viel aus, wie die Kosten der Vorbereitung der Dokumentationen betragen (Übersetzung, Vervielfältigung etc.); Lizenzgebühren werden keinerlei erhoben. Darum vermögen auch die Erwerbskosten in diesem Fall unter keinen Umständen den tatsächlichen Wert der überlassenen Dokumentationen widerzuspiegeln. Es genügt zu erwähnen, daß die Lizenzgebühr für eine moderne Turbine nach Weltmarktpreisen etwa 2 Millionen Devisenzloty beträgt. Alle unsere Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erhalt von Dokumentationen aus den sozialistischen Ländern beliefen sich im Jahre 1956 nur auf knapp 3,4 Mill. Devisenzloty, und im Jahre 1957 waren sie sogar noch um 450.000 Devisenzloty niedriger."

### 6) Repatriierungsabkommen mit der SU läuft ab

Das Ende 1956 zwischen Polen und der SU unterzeichnete Repatriierungsabkommen sollte schon am 31. 12. 1958 seine Gültigkeit verlieren. Es wurde noch bis zum 31. März 1959 verlängert.

Dieses Abkommen war eine der Errungenschaften des polnischen Oktober und ermöglichte bis jetzt die Rückkehr von 224.000 polnischen Staatsangehörigen aus der SU nach Polen. Bis zum endgültigen Ablauf des Abkommens werden voraussichtlich noch ca. 15.000 Heimkehrer in Polen eintreffen.

Dieses Abkommen wirkte sich auf die Bereitschaft der polnischen Regierung aus, ihre Genehmigung zur Familienzusammenführung deutscher Staatsangehöriger oder Personen deutscher Nationalität, die in Polen wohnhaft waren, zu erteilen. Die freigewordenen Wohnungen und Arbeitsplätze konnten zum Teil durch die Heimkehrer aus der SU besetzt werden. Trotzdem konnte bisher die Frage der Wohnungsbesorgung für die Heimkehrer nur zum Teil geregelt werden.